

Deutscher Verein, Gestaltungsaufgaben
in der Pflege, 29.-30.10.2018, Berlin

Anspruch
pflegen.

Wie bleibt Pflege wirksam, leistungsfähig und bezahlbar?

Herbert Mauel

Geschäftsführer Bundesverband privater
Anbieter sozialer Dienste e.V.

bpa

Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.



Fachkräfte fehlen Pflegeheim muss wegen
Personalmangels schließen

MÜHLHAUSEN

Fachkräftemangel: Pflegeheim muss schließen

Fachkräfte fehlen – Pflegeheim in
Hüpstedt muss schließen

Seniorenheim „Bei Ottens“ schließt

Großer Schrecken bei den Bewohnern des Seniorenwohnheims „Bei Ottens“ in Eickenrode: Die Einrichtung muss schließen. Bereits zum Ende des Monats kommt das Aus. Der Grund: „Uns hat der Fachkräftemangel voll getroffen“, sagt Heimleiterin Gitta Hornbostel.

**PERSONALMANGEL! SÄCHSISCHE PFLEGEHEIME NEHMEN KEINE
SENIOREN AUF**

bpa

Flächendeckender Fachkräftemangel

Fachkräfte und Spezialisten Altenpflege Dezember 2017



Durchschnittliche
Vakanzeit: 171 Tage

- = Fachkräftemangel
- = Anzeichen für Fachkräfteengpässe
- = keine Anzeichen für Engpässe
- = Keine Daten aufgrund kleiner Größenordnungen

bpa

Ausgangssituation in der Pflege

- Die Pflege ist der Mangelberuf Nummer Eins in Deutschland. Freie Stellen sind 171 Tage unbesetzt.
- Die demographische Entwicklung führt zu einem massiven Anstieg der pflegebedürftigen Menschen von derzeit 2,9 Millionen auf 3,5 Millionen in 2030 und 4,5 Millionen in 2050.
- Es sind umfassende Investitionen notwendig, allein im stat. Bereich bis zu 80 Mrd. €.
- Kleinstaaterei in der Pflege: In fast allen Bereich der Altenpflege finden sich auf Länderebene voneinander abweichende Regelungen, von der Helferausbildung über die Personalanforderungen bis zur Leistungsabrechnung. Hinzu kommen Forderungen nach kommunaler Bedarfssteuerung.

Höhere Sachleistungsbeiträge notwendig

- Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige müssen sich auf deutlich höhere Pflegekosten einstellen.
- Ursächlich ist z.B. die politisch unterstützte deutliche Verbesserung der Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als ein Beitrag zur Sicherung eines flächendeckenden Versorgungsangebots.
- Höhere Löhne bedeuten aber gleichzeitig höhere Pflegekosten und somit höhere Eigenanteile.
- Die Politik muss auf Bundesebene klären, ob die höheren Kosten an den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bzw. den Sozialhilfeträgern hängen bleiben sollen oder ob die Sachleistungsbeiträge deutlich erhöht werden.
- Nur so kann der Anspruch, dass die Pflegeversicherung vor Sozialhilfeabhängigkeit schützen soll, auch für Heimbewohner gelebt werden.

Mehr Stellen = mehr Pflegekräfte?

- Zur Beantwortung der Fragestellung des Vortrags könnte man auf das Pflege-Personalstärkungsgesetz (PpSG) verweisen. Es sieht die Finanzierung von 13.000 neuen Stellen durch Mittel der Krankenversicherung vor.
- Das klingt gut, wirft bei näherer Betrachtung aber sofort die Frage auf, woher diese 13.000 zusätzlichen Fachkräfte kommen sollen.
- Zwar stieg zwischen 1999 und 2015 die Zahl der Beschäftigten um 74 Prozent. Seit Jahresbeginn 2016 kamen zudem weitere 180.000 sozialversicherungspflichtige Stellen im Wirtschaftszweig „Heime und Soziales“ hinzu. Doch für zehntausende weitere offene Stellen finden sich schon heute keine Bewerber mehr.
- Ohne zusätzliche Anstrengungen, z.B. bei der qualifizierten Zuwanderung, kommen lediglich 13.000 weitere unbesetzte Stellen hinzu.

Differenzierten Personaleinsatz ermöglichen

- Statt 13.000 neue Stellen, die lediglich auf dem Papier existieren, könnte die Flexibilisierung der Fachkraftquote tatsächlich und unmittelbar einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung darstellen.
- Der notwendige Bedarf an pflegerischer Versorgung ist schlicht höher als die quotenregulierte Zahl der Fachkräfte.
- Die (nicht begründete) Fachkraftquote gehört abgeschafft zugunsten einer inhaltlichen Verknüpfung zwischen dem jeweiligen Bedarf der Pflegebedürftigen und der dafür notwendigen Qualifikation.
- Grundlage der Versorgung sollte daher ein qualifikationsgerechter Personaleinsatz sein.

Systematische Schlechterstellung der Heimbewohner beenden

- Die Tatsache, dass Heimbewohner die Kosten der medizinischen Behandlungspflege aus eigener Tasche zahlen müssen, obwohl sie ebenfalls Beitragszahler der Krankenversicherung sind, trägt ebenfalls zu einer finanziellen Belastung bei.
- Damit werden auch die Entgelte der Pflegeheime bei einer gleichzeitigen finanziellen Entlastung der Krankenkassen verteuert, die zusätzlichen Kosten liegen bei zwei bis zweieinhalb Milliarden Euro jährlich.
- Mit der Finanzierung der 13.000 neuen Stellen soll ausweislich der Begründung im PpSG auch der Aufwand im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeheimen teilweise berücksichtigt werden. Die zusätzlichen Kosten liegen bei etwa drei Milliarden Euro jährlich.
- Die geplante Ausgestaltung der Kostenübernahme führt deshalb weder zu einer Entlastung für Pflegekräfte oder Bewohner noch zu einer Belastung für die Krankenversicherung.

Benachteiligung bei Kostenerstattung beenden

- § 91 SGB XI sieht vor, dass zugelassene Pflegeeinrichtungen, die auf eine vertragliche Regelung der Pflegevergütung nach den §§ 85 und 89 verzichten oder mit denen eine solche Regelung nicht zustande kommt, den Preis für ihre ambulanten oder stationären Leistungen unmittelbar mit den Pflegebedürftigen vereinbaren können.
- Allerdings werden lediglich 80 Prozent der Pflegesachleistung erstattet. Hier besteht also eine eklatante Ungleichbehandlung von Einrichtungen ohne Vereinbarung mit Einrichtungen, die eine solche vertragliche Regelung geschlossen haben.
- Spätestens mit der Angleichung der Leistungsbeträge zwischen ambulant und stationär hat die jetzige Einschränkung jede inhaltliche Begründung verloren.
- Die Pflegesachleistungen müssen allen pflegebedürftigen Menschen, die professionelle Pflege in Anspruch nehmen, tatsächlich zu 100 Prozent zur Verfügung stehen.

Weniger Regulierung



- Die Bestrebungen der Politik, den Gewinn von Pflegeunternehmen zu deckeln, trägt ebenfalls zur Verschärfung der Versorgungsprobleme
- Der Anteil privater Träger in der Altenpflege liegt bei 52 Prozent – Tendenz steigend. Ohne die privaten Pflegeeinrichtungen wäre die pflegerische Versorgung massiv gefährdet.
- In der Öffentlichkeit wird gerne die Moralkeule geschwungen und angeprangert, dass man mit der Pflege älterer Menschen kein Geld verdienen dürfe.
- Aber: Gewinne ermöglichen Investitionen. Werden die unternehmerischen Freiheiten beschnitten, verringert das auch die Bereitschaft zu Investitionen in die pflegerische Infrastruktur.
- Eine angemessene Berücksichtigung von Wagnis/des Unternehmerrisikos muss sich auch in den Pflegesatzverhandlungen widerspiegeln.

Anspruch
pflegen.

**Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

mauel@bpa.de

bpa

Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.